

Der Gefellschaffter

Nr. 250
Donnerstag den 25. Oktober 1923

Nagolder Tagblatt

Schiffstr. 11, Nagold

Verbreitung im
Obern Oberrhein. — An-
zeigen sind daher von
bestem Erfolg.
Telegraphische Adressen:
Gefellschaffter Nagold,
Postfach 110,
Stuttgart 6115.

Schickel an jedem Wert-
tag...
Preis 2,00 M. pro Jahr
...
Verantwortlicher Redakteur:
H. H. H. H.

Nr. 250

Donnerstag den 25. Oktober 1923

57. Jahrgang

Der Militärbefehlshaber

an die Bevölkerung in Stadt und Land

Die Not in unserem Volk hat sich durch feindseligen Druck
von außen, durch inneren Zwist und durch Mangel an Roh-
stoffen und lebenswichtigen Nahrungsmitteln aufs traurigste
verschärft. Das Geld des Reichs hat kaum mehr Kaufkraft.
Das neue goldwerte Geld ist noch nicht verfügbar. Wir
leben mitten in Tagen ernstester Sorge.

Gegenüber muß sich das ganze Volk, müssen sich alle
Berufsklassen und Klassen, als Notgemeinschaft noch feier-
lich zusammenschließen. Nur in gegenseitiger Hilfe können wir
über die schlimmsten Zeiten hinweg zu besseren gelangen. Mit
dem größten Nachdruck muß überall denen entgegengetreten
werden, die jetzt noch die Volkshilfe gegeneinander verheizen,
zu werbe Auswüchsen dieser Art ohne Ansehen der Person
und Richtung, von der sie kommen, mit der Schärfe unter-
suchen, die unserer äußersten Notlage zukommt.

In Augenblick ist die Not in den Städten am größten.
Lager ist der Reimboden der Verheerung und der Gewalt-
tätigkeit. Die Landwirtschaft darf sich der Gefahren, die auch ihr
in der Nahrungsmittelnot der städtischen Bevölkerung er-
reichen, nicht verschließen. Der Fleiß des Bauern verliert
seinen hohen, sittlichen Lohn, wenn nicht auch den Armen in
der Stadt daraus das tägliche Brot erwächst.

Die diesjährige Ernte muß schneller als bisher in die
Hände der hungernden Stadtbevölkerung kommen, und der
Bednot muß Rechnung getragen werden, ohne dem Land-
wirt den berechtigten Entgelt für seine Erzeugnisse zu ver-
langen. Ich fordere alle Erzeugertreue aufs dringlichste auf,
dem Gebot dieser Stunde gerecht zu werden.

Ich verbiete jede Propaganda in Wort und Schrift, die
die Zurückhaltung von Lebensmitteln zum Ziele hat. Zu-
widerhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Reichs-
präsidenten vom 26. 9. 23 bestraft.

Ich beauftrage die betreffenden Ministerien bzw.
höchsten Regierungsbehörden, durch die ihnen unterstellten
Ausführungsbehörden auf Grund des Ausnahmezustandes
Schutzhaft über solche Aufkäufer und Zwischenhändler zu
verhängen, die in begründetem Verdacht stehen, Preis-
treiberei und unlauteren Handel mit Lebensmitteln getrieben
zu haben. Die Verhafteten sind alsbald der ordentlichen Ge-
richtsbarkeit zuzuführen.

In gleicher Weise ist gegen Fehldiebe und Lebensmittel-
wucherer vorzugehen.

Das Ansehen von Goldmarkpreisen für landwirtschaft-
liche Erzeugnisse ist nicht als unzulässig zu bezeichnen, es
müßte aber der traurigen Lage großer Verbrauchertreue
und ist daher angezogen, die Goldmarkpreise unter den Freie-
marktpreisen zu halten. Selbstverständlich ist die Preisfest-
setzung in Papiermark gleichfalls zulässig, die Preisgrenzen
sind sich im wesentlichen nach der allgemeinen Marktlage
zu richten. Daneben wird es Ehrenfache leistungsfähiger
Landwirte sein, bei Abgabe von Kleinmengen den Kleinver-
käufern besonders billige Preise zu machen.

Jeder Landwirt ist verpflichtet, Bezahlung in Papiermark
anzunehmen. Einer Bezahlung in Goldschonweisungen
des Reichs werden zweckmäßigerweise Hindernisse nicht ent-
gegengestellt. Es ist darauf hinzuwirken, daß Steuern in
Goldschonweisungen zahlbar sind und ebenso Lieferungen
des Stichtoff- und Kolliditäts.

Die Landwirte fordere ich auf, sofern sie über 3 Morgen
Kartoffel angebaut haben, dafür zu sorgen, daß bis Mitte
November wenigstens 30 Prozent ihrer Ernte dem Verbrau-
cher zugeführt ist. Ich werde fr. Zt. feststellen, ob dieser Mah-
nung freiwillig in genügendem Umfang Rechnung getragen
worden ist.

Die Regierungen ersuche ich, die Stadtgemeinden zu über-
wachen, ob sie die nötige Vorkehrung dafür getroffen haben,
daß auf den städtischen Märkten Kartoffeln zum Kleinver-
kauf verfügbar sind. Andersfalls sind sie dazu anzuhalten
und gegen die ständigen Vollmachten zum Einschreiten von
mir einzuholen, zu dem der Ausnahmezustand berechtigt.

Die Stadtgemeinden haben ferner bei der Preisbildung
für die wichtigsten Nahrungsmittel in der Richtung mitzu-
wirken, daß die Sprünge, mit denen die Preise der Markten-
wertung folgen, keine unerträglich plötzlichen werden. Ich
ersuche die Regierungen, auch in dieser Hinsicht solche not-
wendigen Maßnahmen, zu denen nur der Ausnahmezustand
die Handhabe geben kann, mir umgehend in Vorschlag zu
bringen.

Ich erwarte, daß sowohl die Wirtschaftskreise, wie alle
amtlich berufenen Stellen sich mit äußerster Eifer der
Lebensmittelnot und Teuerung entgegenwerfen, damit wir
über die Krisis der nächsten Tage hinwegkommen, bis die
Maßnahmen des Reichs zur Schaffung eines wertbeständi-
gen Gelds eine Besserung bringen können.

Der Jahaber der vollziehenden Gewalt im Wehrkreis V:
gez.: Reinhardt, Generalleutnant.

Zur Kriegserklärung der R. P. D.

In der Nacht vom 22. auf 23. 10. fand von kommunisti-
scher Seite ein Ueberfall auf das Schießhaus im
Neuerbachtal bei Stuttgart statt, bei dem eine Un-

zahl von Bewehrungen geraubt wurde, die aber den
Eindrehern durch die Polizei wieder abgenommen werden
konnten. An verschiedenen Stellen der Stadt wurden kom-
munistische Handzettel angeheftet, die den Zweck verfolgten,
die Angehörigen der Reichswehr zur Gehorsamsverweige-
rung und Weiberei aufzufordern. Sie wurden von der
Polizei entfernt. Es ist aber als Zeichen der politischen
Gleichgültigkeit der Bevölkerung anzusehen, daß sie da, wo
die Flugblätter noch nicht entfernt waren, in großer Menge
da voranden, ohne sie selbst zu beseitigen, wo doch jeder
nüchtern denkende Mensch wissen müßte, daß eine Verletzung
des letzten Halts der Staatsautorität gleichbedeutend mit dem
Ende der Allgemeinheit und jedes Einzelnen ist. Mehr
Courage in solchen Fällen tut not.

Zur Frage der Kartoffelverorgung

Das Wehrkreiskommando V teilt mit: Am 23. 10. vorm.
fand im Wehrkreiskommando zu Stuttgart in Gegenwart
amtlicher Sachverständiger eine Besprechung des Generals
Reinhardt mit Vertretern der Landwirtschaft, der Gewerk-
schaften und anderer Verbraucherverbänden statt. Gegen-
stand der Besprechung bildete die Kartoffelverorgung, die
seitens des Militärbefehlshabers zurzeit als dringender Not-
stand im Rahmen der schwierigen Lebensmittelverorgung
der Bevölkerung betrachtet wird.

Bergewaltigung des Reichs

Frankreich erklärt die Pfalz als unabhängigen Staat

Spener, 24. Okt. Heute mittag 12 Uhr trat der pfälz-
ische Kreistag zu einer Sitzung zusammen. Der Vor-
sitzende Geheimrat Dr. Beyersdorfer richtete an den
französischen General de Meg die Bitte, die Befangenen und
Ausgewiesenen der Heimat wiederzugeben. Hierauf verlas
der französische Major Louis namens der Rheinlandkom-
mission eine Erklärung:

„In Anbetracht, daß der gegenwärtige Zustand nicht
andauern kann, ohne die allernotwendigsten moralischen
und materiellen Interessen der Bevölkerung zu gefährden,
ferner in Anbetracht der heutigen unruhigen und gefähr-
lichen Lage in Bayern ist von heute ab die Pfalz als unab-
hängiger Staat mit einer vorläufigen Regierung bis zur
weitere Entwicklung der Ereignisse gebildet. Dieser Staat
Pfalz verpflichtet sich feierlich und unbedingt gegenüber der
hohen Rheinlandkommission in Gegenwart und Zukunft
zu strenger Ergebenheit (Loyalität) und Mitarbeit für die
Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen, die zur Sicherung
der geschuldeten Entschädigungen und der nötigen Sicher-
heit Frankreichs notwendig sind.“

Der Vorsitzende erklärte, die Parteien werden zu dieser
Kundgebung Stellung nehmen; er unterbrach die Sitzung auf
kurze Zeit und forderte den Führer der sozialdemokratischen
Fraktion J. Hoffmann-Kaiserslautern, der den Schritt
der Rheinlandkommission veranlaßt hatte, sich zu äußern.
Der Kreistag verweigerte aber mit 13 Stimmen Mehrheit
dem Abg. Hoffmann das Wort. Alle bürgerlichen Par-
teien lehnten die Erklärung der Rheinlandkommission mit
Entrüstung ab.

Nachdem die Sitzung wieder eröffnet worden war, gab
der Vorsitzende die Erklärung ab, daß der Kreistag in der
aufgeworfenen Frage nach Art. 18 der Reichsverfassung gar
nicht zuständig sei. Die bayerische und die Reichsregierung
haben sich schon in vergangener Nacht mit der Frage ein-
gehend beschäftigt und die Bildung eines neuen Staats in
jeder Form als Landesverrat bezeichnet. (Stürmische Zustimmung.) Darauf begab sich um 4 Uhr eine Abordnung zu Ge-
neral Meg.

Hoffentlich wird die richtige Antwort der Reichsregierung
nicht lange auf sich warten lassen. Die unerhörte Heraus-
forderung des Reichs, die die „friedliche Aktion“ Boncompis
mit Wühlschleif befeuert, verdient die schärfsten diplomatischen
Gegenmaßnahmen und die Beseitigung der französischen
Heuchelei vor aller Welt. Die bayerische Regierung dürfte
wohl zunächst der französischen Gesandtschaft in München
den Stuhl vor die weißblauen Grenzpfähle setzen. — Der
Landeserzherzog Hoffmann ist wohl der frühere Minister-
präsident in Bayern, der nach der Vertreibung der Räteherr-
schaft die Regierung übernahm.

Der Staatsstreik der Sonderbündler

Berlin, 24. Okt. In Mainz stehen die französischen Be-
hörden an, die Bevölkerung von Aachen sei bei der
Ausrufung der „Rheinischen Republik“ in Jubel ausge-
brochen. Die Reichsregierung hat gegen diese dreiste Lage
Einspruch erhoben. Weiter hat die Reichsregierung bei der
französischen Regierung anfragen lassen, ob ihr bekannt sei,
daß in Ehrang den Eisenbahnern, die sich zur Wieder-
aufnahme der Arbeit meldeten, von der französischen Be-
hörde die Bedingung vorgeschrieben worden ist, daß sie Mit-
glied der Sonderbündler-Partei werden und einen Beitrag
von 4500 Mark zu dieser Partei zahlen müssen. Da die
Reichsregierung kaum in der Lage ist, die im besetzten Ge-

biet entstehende Not zu lindern, hat sie sich an das rote
Kreuz des Auslands gewandt mit der Bitte, im Fall
einer Hungersnot helfend einzugreifen. Von einem Ruch-
kontrolle bereits eine Zulage eingegangen. Die Ruch-
industrie hat bei der Reichsregierung angeregt, wenig-
stens die Kosten für Entschädigungslieferungen, die
die Industrie etwa mit Hilfe eines ausländischen
Kredits leisten kann, ihr gutzuschreiben und für gewisse
Steuern in Anrechnung zu bringen. Die Reichsregierung ist
grundsätzlich nicht abgeneigt, falls ein ausländischer Kredit
zustande kommt und die Bergarbeiterverbände damit einver-
standen sind; die Reichsentschädigung würde aber erst ge-
geben werden, wenn die Reichsfinanzen wieder in Ordnung
sind.

In Wörs werden etwa 1000 Sonderbündler in den
Räumen der Befehlshaberbehörde gefesselt.

Der Pariser „Matin“ schreibt das Wüßlingen des Staats-
streiks dem Mangel an Kühnheit und Disziplin bei den
Sonderbündlern zu.

Neue Nachrichten

Aufruf des Reichs Ernährungsministers

Berlin, 24. Okt. Der neue Reichsminister für Landwirt-
schaft und Ernährung, Graf Kanitz, erklärt einen Aufruf an
seine Berufsgenossen, die Landwirte. Zum erstenmal heißt
es in dem Aufruf, ist ein praktischer Landwirt zum Landwirt-
schaftsminister ausersehen worden. Ich bin aus meiner
(deutschnationalen) Partei ausgetreten, weil ich der Ansicht
bin, daß auf dem Weg rein parteipolitischer Auseinander-
setzung Deutschland nicht gerettet werden kann. Deutschlands
Not ist nicht zum wenigsten durch den erbitterten Partei-
kampf hervorgerufen. Im derzeitigen Reichskabinett werde
ich nur für mein Vaterland arbeiten und meine Aufgabe
darin sehen, im Rahmen des heute Möglichen Nahrungs-
mittel für das hungernde Volk zu schaffen.
An den Landwirten ist es, die größte Not lindern zu
helfen und an der Ueberbrückung der sich täglich erweiternden
Kluft zwischen Verbrauchern und Erzeugern zu arbeiten. In
der größten Not des Vaterlands darf niemand absteifen stehen,
ohne daß das Reich zerfällt und Deutschland untergeht. Darum
habe ich mich zur Uebernahme des heute am wenigsten be-
liebten Ministeriums entschlossen. Berufsgenossen, denkt an
die furchtbare Not in den Städten! Helft mir bei der schweren
Aufgabe, schnellstens Lebensmittel zu schaffen!

Forderungen der freien Gewerkschaften

Berlin, 24. Okt. Der Vorstand des Allg. Deutschen Ge-
werkschaftsbunds legte dem Reichskanzler folgende Forderun-
gen dar: 1. Beschaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels
für Lohn- und Gehaltsempfänger, 2. Bereitstellung
der notwendigen Lebensmittel, 3. Anpassung der Löhne an
die Geldentwertung ohne Rücksicht auf die bestehenden Tarif-
verträge. Sollte die Reichsregierung die Forderungen nicht
umgehend erfüllen, so werden die freien Gewerkschaften zu
weiteren Maßnahmen greifen. Der Reichskanzler sagte so-
fortige Hilfe zu.

Die Demokratie gegen Bayern

Berlin, 24. Okt. Der Vorstand der Demokratischen Partei
erklärte sich dem Reichskanzler gegenüber gegen Zugestän-
nisse an Bayern hinsichtlich der im Reichsrat beschlossenen
Berücksichtigung bayerischer Sonderrechte, wie sie vor der
Weimarer Verfassung bestanden haben. Das Reich müsse
seine jetzige Ueberordnung in vollem Umfang wahren.

Teuerungskrawalle

Berlin, 24. Okt. In Berlin und in vielen anderen Städten
des Reichs haben am Dienstag neue Krawalle stattgefunden.

Schwere Kämpfe in Hamburg

Hamburg, 24. Okt. In Hamburg und Wandsbeck kam es
zu schweren Kämpfen der Ordnungspolizei mit den
Kommunisten. Von der Polizei wurden 7 Mann ge-
tötet, 19 schwer und eine größere Zahl leicht verwundet. Am
festigsten wurde in den Arbeiterquartieren Barmbeck und
Dornhölde gekämpft. Aus den Häusern und von den Dächern
wurde auf die Polizei geschossen. Abends brachen dort die
Kämpfe aufs neue aus. Durch die Polizei wurden 14 Tote
und 100 Verletzte in die Krankenhäuser eingeliefert. Der
Kreuzer „Hamburg“ und mehrere Torpedoboote der Kriegs-
marine sind zur Unterstützung der Polizei im Hafen eingelaufen.
Der Zustand war sorgfältig vorbereitet.

Der Sonderbündlerstreik mißglückt

Berlin, 24. Okt. Nach den hier eingelaufenen Meldungen
kann der neueste Streik der Sonderbündler als mißglückt
betrachtet werden. Die Bevölkerung kümmert sich um die
„Rheinische Regierung“ nicht, sie hat nichts zu regieren. In
den meisten Städten, die sich von den Bänden hatten über-
rumpteln lassen, sind die Sonderbündler wieder verdrängt,
ihre Rahmen wurden herabgerissen und zerissen. In

